



Liebe Parteifreunde,

es tut sich etwas in unserer Union: Veränderung! Personell, strukturell, prozessual, inhaltlich. Es beginnt eine Debatte über Mitsprache, Mitgestaltung und Personalauswahl. Das hat es lange nicht mehr gegeben. Wir wollen den Schwung der Veränderung mitnehmen und kultivieren. Dazu wollen wir Sie einladen, Ihre Ideen einzubringen.

Wir möchten Ihnen eine neue Mitgliederinitiative vorstellen: „Die Basis“. Sie hat ihren Ursprung in Frankfurt am Main, Heidelberg und Berlin und soll bundesweit das Engagement in CDU und CSU beleben. Wir sind eine Gruppe von Unionsmitgliedern aus unterschiedlichen Landes- und Kreisverbänden, unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher inhaltlicher Ausrichtung. Wir verfolgen mit unserer Initiative keine konkreten inhaltlichen Ziele. Wir möchten ein übergreifendes Netzwerk schaffen, um dem Mitgliederwillen wieder eine größere Bedeutung bei der Ausrichtung unserer Partei zu verschaffen – denn wir glauben an die innerparteiliche Demokratie.

Mit freundlichen Grüßen

*„Die BASIS“ - Initiative für mehr Mitgliederbeteiligung
und offenen Diskurs in CDU und CSU*

Unsere Prämisse:

„Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“

Artikel 21 (1) Satz 1 GG

So leitet das Grundgesetz seine kurze Bestimmung zu den Parteien ein und benennt damit einen ihrer Kernaufträge: die politische Willensbildung des Volkes. Dies bedeutet aber auch: der Wille des Volkes muss von den Parteien aufgenommen werden.

Es geht uns materiell recht gut in Deutschland. Dennoch registrieren wir großes Unbehagen vieler Bürger. Woran liegt das? Zum einen an politischen Entscheidungen in der jüngeren Vergangenheit, die nach Meinung vieler die



sicherheitspolitische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Zukunft unseres Landes beeinträchtigen. Zum anderen jedoch rührt der Verdruss aus dem Zustandekommen eben jener und anderer Entscheidungen her: von oben herab verordnet, ohne vorhergehende eingehende Diskussion mit und Beteiligung von Bürgern und Parteibasis. In Zeiten, in denen elektronische Medien eine immer größere Transparenz und damit eine immer bessere und einfachere Möglichkeit zur Information bieten, in denen sich Menschen sehr schnell über soziale Medien zu gemeinsamen Themen austauschen und zu spontanen Interessengruppen zusammenfinden können, ist eine strikt hierarchische Führung unserer Partei jedoch nicht mehr zeitgemäß.

Wir müssen Antworten auf wichtige Zukunftsfragen finden – um nur einige wenige zu nennen: Welchen Weg soll Europa gehen? Wie handhaben wir den wachsenden Migrationsdruck? Wie gestalten wir die Digitalisierung? Wie bleibt die Generationengerechtigkeit angesichts des demographischen Wandels gewährleistet? Wie gehen wir mit dem Klimawandel um?

Als Volkspartei sollten wir das Wissen und den steigenden Partizipationswillen in der Bevölkerung nicht nur begrüßen, sondern uns diese auch zunutze machen. Tun wir das nicht, vergrößert sich die Unzufriedenheit der Bürger – nicht nur mit unserer Partei, sondern, noch schlimmer, mit unserem politischen System.

Die Parteien treffen mit Ihren Wahlprogrammen und der Aufstellung von Kandidaten eine inhaltliche und personelle Vorauswahl. Bürger, die nicht nur aus einer Handvoll Parteiangeboten wählen, sondern diese aktiv mitgestalten wollen, müssen sich daher in den Parteien engagieren können. Als letzte verbliebene Volkspartei Deutschlands tragen wir in der politischen Willensbildung eine besondere Verantwortung. Es ist unsere Aufgabe, gesellschaftliche Gruppen in die Mitte hin zu integrieren, Mitbeteiligung zu ermöglichen, politische Ideen in einen offenen demokratischen Wettstreit treten zu lassen und innovative Lösungen zu erarbeiten und das fähigste Personal zu entwickeln, um unser Land zu führen. Daher wollen wir den Beteiligungsprozess in den Blick nehmen und für die Zukunft wiederbeleben.



Unsere Ideen:

Stärkung der Orts- und Kreisebene bei der Diskussion landes- und bundespolitischer Themen

Die Orts- und Kreisverbände sind die Basis unserer Partei. Sie sind die Arbeitsebenen von vielen zehntausenden Mitgliedern. Sie ist vor allem aber Hauptzugangspunkt von hunderttausenden Mitgliedern zu ihrer Partei. Hier können sich die Menschen einfach und direkt einbringen. Damit sie dies auch wollen, muss ihre Stimme aber Gewicht haben. Einzelne Mitglieder sollen Antragsrecht in Ortsverbänden und bei Kreisparteitagen haben, Quoren für Anträge bei Landes- und Bundesparteitagen müssen drastisch gesenkt werden.

Erst das Land, dann die Partei, dann die Person – Personalauswahl nach charakterlichen Eigenschaften, Fachkompetenzen, Ausbildung, Erfahrung und inhaltlichem Profil

Wir dürfen bei allen Debatten nie das große Ganze aus den Augen verlieren. Die Partei ist lediglich Mittel zum Zweck, um das Beste für unser Land zu erreichen. Persönliche Befindlichkeiten und Ambitionen sollten immer hintanstellen.

Bei der Auswahl von Personal für innerparteiliche Posten oder politische Ämter werden bisherige Posteninhaber und langjährige Parteisoldaten fast immer bevorzugt. Nicht zwangsläufig eignen sich diese Kandidaten aber besser für ein Amt als politische „Quereinsteiger“. Auch beruflicher und privater Erfolg, Elternschaft, Ehrenamt, Ausbildung, Charakter und inhaltliche Überzeugungen bestimmen die Eignung eines Kandidaten und sollten in Zukunft stärker berücksichtigt werden. Hierzu muss das Entstehen von Listenvorschlägen transparent gemacht werden. Orts- und Kreisverbandsvorstände sollen die Mitglieder auffordern, sich für Listen und einzelne Ämter zu melden, anstatt den Mitgliedern fertige Listen- und Personalvorschläge zu präsentieren. Listenwahlen müssen echte Listenwahlen sein – die Anzahl der Stimmen muss die Position auf der Liste bestimmen. Bei Kreisparteitagen soll grundsätzlich das Mitgliederprinzip gelten.



Stärkung inhaltlicher und personeller Auswahlmöglichkeiten

Inhalts- und Personaldebatten, Konkurrenz von Ideen und Personen sind keine Schwächung der Partei nach Außen, sondern eine Stärkung ihrer Funktionsweise. Wir sollten den innerparteilichen Wettbewerb nicht unter dem Deckmantel des zwischenparteilichen Wahlkampfs behindern, sondern ihn stärken wo wir nur können. Denn nur durch Wettbewerb entwickeln sich Inhalt und Personal. Die Kandidatur von mehr als einer Person für eine Position ist daher nicht als Kampfkandidatur, sondern als willkommene Ausweitung des Angebots anzusehen. Sie sollte die Regel sein, nicht die Ausnahme. Konkurrenz belebt das Geschäft – auch innerhalb der Partei!

Vereinfachung von Beteiligungsmöglichkeiten – Engagement auch ohne Posten und Ämter ermöglichen

Komplexe und undurchsichtige Partizipationsprozesse sind für viele Menschen eine unüberwindbare Barriere. Wir müssen klar verständliche Leitfäden entwickeln und regelmäßig Neumitgliederseminare anbieten.

Für viele berufstätige Menschen ist es vor allem der mitunter hohe zeitliche Aufwand, der sie von der politischen Teilhabe abhält. Dasselbe gilt für Menschen, die in Familie, Ehrenamt und andere Tätigkeiten eingebunden sind. Gerade diese Menschen, die unsere Gesellschaft tragen, müssen besser in die Partei eingebunden werden – nicht zuletzt durch eine Terminplanung, die die Bedürfnisse von Berufstätigen und Familien berücksichtigt.

Mitglieder sollen auch flexibel und ohne Ämterverpflichtung partizipieren können. Manchmal sind es nur einzelne Themen oder zeitliche Abschnitte, in denen Parteifreunde sich engagieren wollen oder besondere Fähigkeiten mitbringen. Das sollten wir nutzbar machen – durch sachorientierte Arbeit, durch offene Fachausschüsse und Themenarbeitskreise, deren Empfehlungen auch wirklich gehört werden.



Stärkung der innerparteilichen Streitkultur

Politische Debatten können oft sehr hitzig sein. Nicht selten verlassen sie eine sachliche Ebene und werden emotional, manchmal sogar persönlich. Doch gerade unter Menschen, die gemeinsam an einem Strang ziehen wollen, sollen Diskussionen immer mit gegenseitigem Respekt geführt werden. Politische Diskussionen sollen nicht konfliktorientiert sein, jedoch auch niemanden davon abhalten, alles sagen zu können. Daher bedarf es bestimmter Grundsätze für die politische Auseinandersetzung, die meinungssoffen und tolerant verlaufen sollte.

Anderer Umgang mit Fehlern und Verantwortung

Es ist an der Zeit, dass wir uns selbst und unsere Rolle kritisch in den Blick nehmen; unverblümt, schonungslos und ohne persönliche Befindlichkeiten. Das bedeutet eine neue Fehlerkultur. Politik ist auch immer Unsicherheit und Risiko. Entscheidungen müssen getroffen werden können und dürfen, wenn noch nicht alle denkbaren Informationen vorliegen und alle Unwägbarkeiten ausgeräumt sind. Niemand darf wegen vermeintlicher politischer Fehler „verbrannt“ sein. Denn genauso entsteht eine Kultur von Risikovermeidung, Beschönigung und Verantwortungsscheu.

Ihre Mitwirkung:

Welche Ideen haben Sie?

Wir wollen Ihre Ideen sammeln und gemeinsam mit allen interessierten Mitgliedern diskutieren.

Ziel unserer Initiative ist die Stärkung der Mitgliederbeteiligung und des politischen Diskurses innerhalb unserer Union. Es geht um nicht weniger als die Wiederbelebung der innerparteilichen Demokratie.

In den kommenden Monaten wollen wir für Sie Informationen über aktuelle Beteiligungsmöglichkeiten, -strukturen und -prozesse bereitstellen. Darüber hinaus wollen wir ihre Vorstellungen von Mitgliederbeteiligung sammeln, diskutieren und anschließend praktische Beteiligungskonzepte erarbeiten. Diese wollen wir auf den Landes- und Bundesparteitagen vorstellen und zur



Abstimmung bringen. Dazu möchten wir verschiedene Formate ins Leben rufen. Von Online-Abstimmungen zu gemeinsamen, dezentral geplanten Diskussionsrunden in Ort- und Kreisverbänden.

Wenn Sie unser Anliegen unterstützen bitten wir Sie:

Tragen Sie sich unter

www.union-basis.de/mitmachen

in die Liste der Erstunterzeichner ein.

Wir bedanken uns für Ihre Unterstützung und freuen uns auf den gemeinsamen Weg mit Ihnen.

Ihre Mitgliederinitiative „Die BASIS“

Initiatoren

Dr. Martin Heipertz, 42, Ministerialrat, KV Main-Taunus, CDU-Mitglied seit 1995.

Luca Rath, 24, Master-Student (Politikwissenschaft), KV Rastatt, CDU-Mitglied seit 2012.

Dr. Frank Somogyi, 40, Dipl.-Volkswirt, Bundesbankdirektor, KV Frankfurt/Main, CDU-Mitglied seit 2001.

Kontakt

info@union-basis.de